

Rede von Felix Thier, Fraktionsvorsitzender, zur Haushaltslage des Landkreises, Kreistagssitzung am 16. September 2024

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Frau Landrätin, Herr Vorsitzender, verehrte Anwesende,

lieber Erik Stohn, den „Haushalt nachhaltig konsolidieren“ entspricht der Nachhaltigkeitssatzung unseres Landkreises. Das muss also als Forderung nicht von der SPD aufgemacht werden. Den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren wäre übrigens kein Problem, wenn von oben nicht immer nur Aufgaben und Probleme an die Kommunen weitergereicht würden. Gute Politik in Bund und Land ist es, was wir brauchen. Das würde wirklich helfen!

Sehr geehrter Herr Barthel, Ihnen vielen Dank für Ihre Fragen an die Verwaltung zur Berichterstattung Haushaltsvollzug 2. Quartal. Und ebenso Dank an die Verwaltung – an die Landrätin und den Kämmerer – zur umfassenden Beantwortung dieser.

Bereits im Haushalts- und Finanzausschuss vor ein paar Tagen zeigte sich, dass wir nun um vieles schlauer sind und Entwicklungen besser einordnen können.

Meine Fraktion unterstützt den Vorschlag, dass der Antrag der SPD/Bündnis 90 Grüne, der wesentliche Handlungsschwerpunkte aufzeigt, die sich bereits mit jetzigen Arbeitsständen verbinden, in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen wird. Das dient der weiteren Prozessbegleitung, Feststellen der Prüf- und Arbeitsvorgänge und hilft den anderen Fachausschüssen sehr.

Auch sind mit der Umsetzung des Prüfauftrages an die Landrätin – noch im Kreisausschuss am 3. Juni vor der Kommunalwahl – nun Kultur-, Sport- und Sozialprojekte über die Gewinnausschüttung der MBS gesichert.

Der in der Antwort auf die Frage von Frau Walbrach aufgezeigte Arbeitsstand zur Sicherung weiterer Sozialprojekte sollte mit den aktuellen Arbeitsständen auch dem Haushalts- und Finanzausschuss zugänglich gemacht werden. Denn das Thema wurde ebenso in der Einwohnerfragestunde des letzten Haushalts- und Finanzausschusses an uns herangetragen.

Wenn ich an die Diskussionen der Vergangenheit denke und jüngst zu unserem Leitbild, dann gibt es im Kreistag eine klare Mehrheit die den Fokus gleichermaßen auf die wirtschaftliche

Entwicklung und die sozial-kulturelle, sportliche und nachhaltige Entwicklung von Teltow-Fläming legt.

Und wenn ich mich richtig erinnere sind wir bei nicht einmal zwei Prozent freiwillige Leistungen – ohne den ÖPNV. Lieber Herr Trebus, die CDU-Fraktion mag die freiwilligen Leistungen als Sparmasse ausgemacht haben, wir aber nicht. Mit dem Streichen der freiwilligen Leistungen, ich erinnere an deren marginalen Umfang von zwei Prozent, bekommen wir unsere Probleme nicht gelöst! Zukunft sozial gestalten heißt auch, Teltow-Fläming sozial gestalten.

Das soziale Teltow-Fläming findet im Sozialhaushalt mit Grundsicherung im Alter, Kosten der Unterkunft und beispielsweise mit Kita und den Hilfen für Familien im Jugendamtshaushalt statt.

Dazu aber steht nichts im SPD-Antrag zur teilweisen Aufhebung der aktuellen Haushaltssperre. Die SPD will mit ihrem Antrag überwiegend die Ämter der Dezernate 3 und 4 begünstigen. Also die Bereiche der SPD-Dezernenten Frau Biesterfeld und Herrn Trebschuh. Selbst das Personalamt, das die Aufgabensicherung mitverantwortet und die Personalrekrutierung betreibt, fehlt bei der von der SPD beantragten Ausnahme gänzlich.

Fakt ist: Einsparpotenziale betreffen grundsätzliche Fragestellungen und Maßnahmen:

- Aufrechterhaltung eines Standortes Zossen für die Kfz-Zulassungsstelle, der schon seit 2014 wegfallen sollte und wo mit der B 101 längst alle Teilräume in unserem Landkreis gleichermaßen gut an Luckenwalde angebunden sind. Es sind sicherlich einige Millionen, die uns der Standort bisher gekostet hat. Ganz zu schweigen davon, dass der Personaleinsatz für zwei Standorte in der Praxis ständig dazu führt, dass Luckenwalde geschlossen wird, oder Bürger*innen weggeschickt werden, da die Wartenummern schon alle sind.

Nötig ist auch:

- ein Liegenschaftskataster, mit klaren Aussagen, was für die öffentliche Aufgabenerledigung gebraucht wird und was veräußert werden kann, denn damit sind ja auch Sicherungsmaßnahmen verbunden, die Geld kosten.

Zu prüfen ist ebenso:

- Ist der Fuhrpark für die Aufgaben der Kreisverwaltung wirtschaftlich und sparsam?
- Wie ist die prioritäre Investitionsplanung, die, wie die Zahlen zeigen, ja nicht mehr aus dem Cashflow geleistet werden können, sondern Kreditaufnahmen benötigen.
- Wie geht es mit der Digitalisierung der Verwaltungsarbeit weiter und welche Möglichkeiten bestehen, die Renteneintritte der Baby-Boomer bis Ende 2030 zumindest teilweise abzufangen?

- Wo stehen Fördermittel zur Verfügung?

Sicherlich erscheint das alles wie die Quadratur des Kreises, angesichts des Defizits und der trüben Aussichten, was die Finanzausstattung der Kommunen durch den Bund betrifft.

Wie ich auf der Facebookseite von Herrn Eichelbaum lesen konnte, war er jüngst auf der Jahrestagung des Deutschen Landkreistages. Dort wurde, angesichts der Tatsache, dass Landkreise und Kommunen 95 Prozent aller staatlichen Aufgaben erfüllen, aber nur 14 Prozent der staatlichen Zuweisungen erhalten, gefordert, dass eine höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer erfolgen muss.

Ein Thema, das seit November vergangenen Jahres auf dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Länder rumwabert und wo hier unten – trotz Versprechungen – noch nichts angekommen ist.

Ein Zitat, mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender.

„Die übertragenen Aufgaben sind das Problem von Bund und Land, die nicht auskömmlich sind. Die Kosten der Kinder- und Jugendhilfe oder bei Kitas fallen bei den Landkreisen und kreisfreien Städten stark ins Gewicht. Inflation, steigende Fallzahlen oder der historisch höchste Tarifabschluss auf kommunaler Ebene – all das schlägt sich nieder. Insgesamt 64 Prozent des Gesamthaushalts fließen in den Bereich soziale Hilfen mit Kinder-, Jugend und Familienhilfe. Der Kreis wäre ohne Rücklagen schon längst im Defizit.“

Nein, das war nicht O-Ton der Landrätin, sondern O-Ton vom CDU-Landrat Roger Lewandowski in der MAZ vom 23. August 2024, bei der Erklärung des Halbjahresdefizits in der Prognose bis Ende des Jahres von 18,5 Mio. Euro im Landkreis Havelland.

Das Havelland hat umgehend einen Nachtragshaushalt verabschiedet, um die Verwaltung mit der eigenen Rücklage wieder handlungsfähig zu machen. Und wenn Sie mal recherchieren, gab es dazu erstaunlicherweise ganz sachliche Beiträge in der MAZ. Aber das Havelland ist ja auch nicht Teltow-Fläming.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Beantwortung der Fragen zum Haushaltsvollzug in Teltow-Fläming wird ausgeführt, dass Modifizierungen der Haushaltssperre nicht möglich sind, weil das Defizit vom 1. zum 2. Quartal nochmals gewachsen ist – auf nunmehr fast 26 Mio. Euro.

Ohne Nachtragshaushalt ist die Verwaltung massiv eingeschränkt. Alles geht über den Tisch des Kämmerers – auch die Personalrekrutierung. Und noch einmal zum Verständnis für alle: Der Kämmerer ist Herr des Geschäfts über Umfang und Dauer der Haushaltssperre. So steht es im Gesetz.

Trotzdem möchte ich meinen Vorschlag aus dem Haushalts- und Finanzausschuss wiederholen. Es ist alles zu tun, um so schnell wie möglich wieder einen beschlossenen Haushalt zu haben. Beschluss im Dezember muss das Ziel sein, Einbringung also spätestens in einem Sonder-Kreistag im November. Herr Kämmerer, ich erbitte dazu einen aktuellen Stand und die Zeitschiene bis zu dem Termin, wo Sie die Bescheidung des Haushaltes und einer möglichen Kreditaufnahme durch das Innenministerium erwarten.

Natürlich erkennen wir an, dass zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Verwaltung durch den Kämmerer und die Landrätin bereits Entscheidungen getroffen wurden.

So wurde durch den Kämmerer von Beginn der Haushaltssperre an die Maßgabe einer „harten“ Haushaltssperre für die Personalrekrutierung geöffnet und so die Weiterführung von 90 Einstellungsverfahren möglich, die zum Zeitpunkt der Haushaltssperre bereits begonnen, aber noch nicht mit Arbeitsvertrag beschieden waren.

Durch die Landrätin wurde initiiert, dass weitere Maßgaben getroffen werden konnten, um die Handlungsfähigkeit zur Aufgabensicherung zu verbessern. Dazu wurden mit dem Kämmerer weitere zehn Maßnahmepunkte vereinbart. Der Personalamtsleiter Herr Haseloff hatte darüber im Haushalts- und Finanzausschuss berichtet.

Die Verwaltung ist also nicht untätig ob der Lage, sondern handelt. Dafür den Dank meiner Fraktion.